

Benjamin Kleemann

**Auslandseinsätze der Bundeswehr - Die
politische Debatte zwischen 1993 und
2006**

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783640564033

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/145430>

Benjamin Kleemann

**Auslandseinsätze der Bundeswehr - Die politische
Debatte zwischen 1993 und 2006**

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
2. Grundlagen der politischen Debatte	7
2.1 Die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Überblick	7
2.2 Deutsche Außenpolitik zwischen „Normalisierung“ und „Zivilmacht“	12
2.3 Militärische Gewalt zwischen Völkerrecht und Menschenrecht.....	17
3. Entwicklung der parteipolitischen Diskussion über Auslandseinsätze... 20	
3.1 Diskussion über einen Einsatz in Somalia	20
3.1.1 SPD debattiert politische Zustimmung	20
3.1.2 Bündnis 90/Die Grünen lehnen ab	24
3.1.3 CDU/CSU stimmt geschlossen zu.....	27
3.1.4 Unterstützung bei der FDP	31
3.1.5 PDS lehnt grundsätzlich ab	34
3.2 Diskussion über einen Einsatz im Kosovokrieg	36
3.2.1 Kritiker bei der SPD in der Minderheit.....	36
3.2.2 Bündnis 90/Die Grünen sind gespalten.....	41
3.2.3 CDU/CSU stimmt geschlossen zu.....	45
3.2.4 Nahezu geschlossene Zustimmung bei der FDP	48
3.2.5 PDS lehnt grundsätzlich ab	50
3.3 Diskussion über einen Einsatz im Irak	52
3.3.1 SPD lehnt nahezu geschlossen ab	52
3.3.2 Bündnis 90/Die Grünen lehnen geschlossen ab	57
3.3.3 Uneinigkeit bei der CDU/CSU.....	60
3.3.4 Ablehnung bei der FDP	64
3.3.5 PDS lehnt grundsätzlich ab	66
3.4 Neuste Entwicklungen	67
4. Fazit	70
5. Literatur	76
6. Anhang	
Chronologie der Auslandseinsätze seit 1990.....	83

Abkürzungsverzeichnis

ABC	atomar, biologisch, chemisch
AFOR	Albania Force
AWACS	Airborne Warning and Control System
CDU	Christliche Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
EUFOR	European Union Force
FDP	Freie Demokratische Partei
KFOR	Kosovo Force
KSK	Kommando Spezialkräfte
KVM	Kosovo Verification Mission
IFOR	Peace Implementation Force
INTERFET	International Force East Timor
ISAF	International Security Assistance Force
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NKAVM	NATO Kosovo Air Verification
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SFOR	Stabilization Force
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
OEF	Operation Enduring Freedom
UN	United Nations
UNAMA	United Nation Assistance Mission in Afghanistan
UNAMIR	United Nations Assistance Mission for Rwanda
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNMAC	United Nations Mine Action Center
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
UNMIS	United Nations Mission in Sudan
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia
UNOSOM	United Nations Operation in Somalia
UNPROFOR	United Nations Protection Force
UNSCOM	United Nations Special Commission
UNTAC	United Nations Transitional Authority in Cambodia
USA	United States of America
WEU	Westeuropäische Union
WEUDAM	WEU Demining Assistance Mission

1. Einleitung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden deutsche Soldaten mehr als 45 Jahre lang ausschließlich für kurzfristige nicht militärische Einsätze wie zur Katastrophenhilfe ins Ausland entsandt. Noch am 15. Januar 1993 sagte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle vor dem deutschen Bundestag: „Niemand will die Bundeswehr an jeden Krisenort der Erde schicken.“¹ Heute sind etwa 7.500 deutsche Soldaten in zehn Missionen auf drei Kontinenten im bewaffneten Auslandseinsatz.² Der Weg Deutschlands zum zweitgrößten Truppensteller bei UN-Operationen führte von der medizinischen Versorgung der UN-Soldaten in Kambodscha 1992 über die Bombardierung Jugoslawiens 1999 bis zur Überwachung der libanesischen Küste seit 2006.³ Nachdem sich die Bundeswehr bereits an Kampfeinsätzen beteiligt hatte, fiel mit der Entsendung deutscher Streitkräfte in den Nahen Osten an die Grenze Israels das letzte Tabu deutscher Auslandseinsätze.

Diese Entwicklung wurde begleitet von einer parteipolitische Diskussion, die im Mittelpunkt der vorliegenden Magisterarbeit stehen soll. Wobei die leitende Fragestellung lautet: Welche Argumentationslinien haben die politische Debatte in den Jahren zwischen 1993 und 2003 bestimmt und wie haben sie sich im Laufe der Zeit verändert? Hierzu werden ausschließlich die Positionen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien, der Hauptakteure des politischen Prozesses, untersucht. Die Haltung anderer gesellschaftlicher Akteure, wie Kirchen, Gewerkschaften oder Soldatenverbände, werden nicht berücksichtigt. Im Zuge des Diskurses kämpfen Politiker argumentativ um die Legitimität ihrer Entscheidungen und Positionen für oder gegen Auslandseinsätze. Ziel der Arbeit ist es, sowohl Konfliktlinien und Gemeinsamkeiten in der Argumentation zwischen den Parteien herauszuarbeiten als auch unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Parteien deutlich zu machen. Zudem soll analysiert werden, welche Konstanten und Veränderungen die Argumentation kennzeichnen. Die Position einzelner Politiker findet hierbei besondere Berücksichtigung, wenn es sich um Personen aus der Parteiführung handelt, sie für eine Gruppe innerhalb der Partei sprechen oder allein eine abweichende Meinung vertreten.

¹ Volker Rühle, Stenografischer Bericht des Deutschen Bundestages, 12. Legislaturperiode, 132. Sitzung, 15. Januar 1993, S. 11485 im Folgenden: Plenarprotokoll 12/132, 15. Januar 1993, S. 11485.

Die Arbeit ist in neuer Rechtschreibung verfasst. Zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit wurde die alte Rechtschreibung in direkten Zitaten jedoch nicht korrigiert.

² Vgl. <http://www.bundeswehr.de> (Abgerufen am 28. Dezember 2006).

³ Vgl. Rauch (2006), S. 70.

Die juristische Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit von Auslandseinsätzen und deren Übereinstimmung mit dem Völkerrecht wird nur insoweit eine Rolle spielen, wie sie von den Parteien in ihrer Argumentation aufgegriffen wird. Die mit der diskursiven Auseinandersetzung über Auslandseinsätze einhergehende Debatte über eine Reform der Bundeswehr und die Beibehaltung der Wehrpflicht wird in die Untersuchung nicht einbezogen. Andernfalls würde der Rahmen der Arbeit gesprengt werden.

Zur Darstellung wichtiger Grundlagen der politischen Diskussion werden der Analyse drei Kapitel vorangestellt. Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Auslandseinsätze der Bundeswehr der letzten 15 Jahre. Dieser Überblick wird im Anhang ergänzt durch eine entsprechende Chronologie, die alle Einsätze seit 1990 aufführt, sowie eine aktuelle Karte. Im zweiten Kapitel wird die Auseinandersetzung über die Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland in den Kontext der wissenschaftlichen Debatte um die Ausrichtung deutscher Außenpolitik zwischen dem Konzept der „Normalisierung“ und dem der „Zivilmacht“ eingeordnet. Begriffe und Konzeptionen, derer sich die Politik bedient, sollen hier beleuchtet werden. Die völkerrechtlichen Grundlagen für eine Militärintervention werden im dritten Kapitel geklärt. Da dies insbesondere für die Diskussion um den Angriff auf Serbien durch deutsche Bomber wesentlich ist, werden an diesem Beispiel unterschiedliche juristische Positionen aufgezeigt.

Um die Entwicklung der Diskussion über die Auslandseinsätze zwischen 1993 und 2003 zu analysieren, wurden drei Fallbeispiele ausgewählt. Mit der Entsendung eines Heereskontingentes von 1.700 Mann 1993 nach Somalia leistete die Bundeswehr erstmalig nicht nur medizinische oder Katastrophenhilfe. Stattdessen sollte sie mit leichten Waffen ausgerüstet den Nachschub für andere UN-Truppen sichern und damit eine friedenserhaltende Mission unterstützen.⁴ Daher war dieser Einsatz stark umstritten. Als zweites Fallbeispiel wurde die Debatte um den Einsatz deutscher Bomber im Kosovo-Krieg 1999 gewählt, da es sich hierbei um den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr handelt, der zudem ohne UN-Mandat durchgeführt wurde. Die anschließende Stationierung deutscher Truppen im Kosovo wird keine Rolle mehr spielen. Obwohl die einzig verbliebene Weltmacht USA den Krieg gegen den Irak 2003 anführte und sich andere deutsche Verbündete ebenfalls daran beteiligten, wurde der Einsatz der Bundeswehr im Irak parteiübergreifend abgelehnt. An diesem Beispiel soll

⁴ Vgl. Matthies (1994), S. 4f.

untersucht werden, wie die Parteien ihre ablehnende Haltung begründen und die bisherige Argumentation für Auslandseinsätze entkräften. Anschließend werden die neuesten Entwicklungen in der Diskussion kurz zusammengefasst. Zwar steht die Darstellung der Debatte über den jeweiligen Einsatz im Mittelpunkt der Arbeit, der diskursive Kontext wird jedoch stets mitberücksichtigt. Im ersten Fall ist dies die generelle Auseinandersetzung über die politische Wünschbarkeit und die Verfassungsmäßigkeit von Auslandseinsätzen. In Beispiel zwei und drei spielen die Fragen eine wesentliche Rolle, ob ein Krieg notwendig und ob er völkerrechtlich legitimiert ist.

Die Analyse der Fallbeispiele ist untergliedert nach den im Bundestag vertretenen Parteien. Wobei CDU und CSU unter jeweils einem Punkt zusammengefasst wurden, da sie eine gemeinsame Fraktion bilden. Gegliedert wurde die Untersuchung der Standpunkte der Parteien jeweils nach Regierungskoalitionen, wobei stets mit dem größeren Koalitionspartner begonnen wurde. Da SPD und Grüne in zwei der drei analysierten Fälle die Regierung gestellt haben, wurden sie an den Anfang gestellt. Der SPD wird darüber hinaus der meiste Platz eingeräumt, weil im ersten Kapitel stets generelle Erläuterungen gegeben werden, auf die später Bezug genommen werden kann. Wie viel Raum der Haltung der einzelnen Parteien ansonsten eingeräumt wird, ist davon abhängig, wie stark die Debatte innerparteilich geführt wurde und in welchem Maße sich die Positionen im Untersuchungszeitraum verändert haben.

Empirische Grundlage der Arbeit sind Äußerungen einzelner Politiker in Bundestagsdebatten, öffentlichen Reden und Interviews sowie Beschlüsse und Beschlussvorlagen von Fraktionen und Parteigremien. Hiefür wurden systematisch die stenografischen Berichte der betreffenden Bundestagsdebatten ausgewertet. Die hier dokumentierten Reden beinhalten jedoch den Nachteil, dass sie in der Regel nur die Position widerspiegeln, auf die sich die Mehrheit der Fraktion einigen konnte. Abweichende Haltungen werden nur selten zum Beispiel aus persönlichen Erklärungen der Abgeordneten deutlich. Das Gleiche gilt für Beschlussvorlagen, die im Bundestag eingebracht werden, und Parteitagsbeschlüsse. Da innerparteiliche Konflikte meist über die Medien ausgetragen und von diesen dokumentiert werden, wurden zudem Interviews und Presseartikel für die Darstellung herangezogen. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurde sich auf die Auswertung von vier Printmedien beschränkt. Genutzt wurden die Archive der beiden überregionalen Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sowie der Wochenzeitung *Die*